

Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für syrische Flüchtlinge, die eine Aufnahme durch ihre in Baden-Württemberg lebenden Verwandten beantragen

Anordnung des Innenministeriums Baden-Württemberg nach § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) vom 28.08.2013 (Az.: 4-13-SYR/10)

I. Ausgangslage

Im März 2013 hat der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den Innenministern und -senatoren der Länder entschieden, zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise in Syrien und dessen Anrainerstaaten im Jahr 2013 insgesamt 5.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge vorübergehend in Deutschland aufzunehmen. Mit der Anordnung des Bundesministeriums des Innern vom 30. Mai 2013 wurde diese Entscheidung umgesetzt. Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist bereit, aus humanitären Gründen darüber hinaus auch syrischen Staatsangehörigen, die vom Bürgerkrieg in Syrien betroffen sind, den Weg zu einem vorübergehenden Aufenthalt zu ermöglichen, sofern sie enge verwandtschaftliche Beziehungen zu in Baden-Württemberg aufenthaltsberechtigten Personen haben, die bereit und in der Lage sind, den Lebensunterhalt ihrer Verwandten während des Aufenthalts in Deutschland zu sichern.

Vor diesem Hintergrund ergeht folgende Anordnung gemäß § 23 Abs. 1 AufenthG:

II. Anordnung zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern wird die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen gemäß § 23 Abs. 1 AufenthG für bis zu 500 Personen angeordnet, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllt werden.

1. Begünstigter Personenkreis

Eine Aufenthaltserlaubnis wird syrischen Staatsangehörigen erteilt,

- 1.1.** die infolge des Bürgerkriegs aus ihrem Wohnort fliehen mussten und sich in einem Anrainerstaat Syriens oder noch in Syrien aufhalten und
- 1.2.** die eine Einreise zu ihren in Baden-Württemberg lebenden Verwandten beantragen, soweit es sich bei diesen um
 - 1.2.1.** deutsche Staatsangehörige oder
 - 1.2.2.** syrische Staatsangehörige, die im Besitz eines befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitels sind und sich mindestens seit 1. Januar 2013 im Bundesgebiet aufhalten, handelt.

2. Verwandtschaftlicher Bezug zu Deutschland

Begünstigt sind Ehegatten, Verwandte ersten Grades (Eltern, Kinder), Verwandte zweiten Grades (Großeltern, Enkel oder Geschwister) sowie deren Ehegatten und minderjährigen Kinder.

3. Verpflichtungserklärung

- 3.1.** Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis setzt voraus, dass eine Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG abgegeben wurde.
- 3.2.** Die Verpflichtungserklärung ist für jede einreisewillige Person getrennt abzugeben.

4. Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis

Die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG wird für bis zu zwei Jahre erteilt und ggfs. verlängert. Sie berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung entsprechend den allgemeinen Vorschriften. Die Verlängerung richtet sich nach § 8 AufenthG. Die Aufenthaltserlaubnis ist mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage für Baden-Württemberg zu versehen, soweit und solange keine den Lebensunterhalt sichernde Erwerbstätigkeit gefunden wurde.

5. Verfahren

Die einreisewilligen Personen haben vor Einreise ein Visumverfahren durchzuführen, in welchem

- 5.1.** eine Überprüfung der Personen durch die Sicherheitsbehörden stattfindet,
- 5.2.** der verwandtschaftliche Bezug nach Ziff. 2 nachzuweisen ist und
- 5.3.** das vollständige Vorliegen der allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen geprüft wird.

Ausnahmen von der Passpflicht nach § 3 Abs. 2 AufenthG können zugelassen werden,

sofern der vorgelegte Reisepass der einreisewilligen Person nicht anerkannt wird, die Identität der einreisewilligen Person aber durch andere Dokumente (z.B. Identitätskarte, Staatsangehörigkeitsnachweis, Geburtsurkunde) nachgewiesen ist.

Kann die einreisewillige Person keinen Reisepass vorlegen, ihre Identität aber anderweitig nachweisen, kann ein Reiseausweis für Ausländer nach den Voraussetzungen der §§ 5 und 7 AufenthV durch die zuständige deutsche Auslandsvertretung ausgestellt werden.

6. Ausschluss

Von dieser Regelung sind Personen ausgeschlossen, die wegen Delikten, die in Deutschland als vorsätzliche Straftat anzusehen sind, verurteilt worden sind oder bei denen tatsächliche Anhaltspunkte die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass Verbindungen zu kriminellen Organisationen oder terroristischen Vereinigungen bestehen oder bestanden haben oder dass sie in sonstiger Weise Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder unterstützt haben, die gegen die Gedanken der Völkerverständigung verstoßen oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

7. Verwaltungsverfahren

Visaanträge müssen bis 28.02.2014 bei einer zuständigen deutschen Auslandsvertretung eingegangen sein. Diese Anordnung gilt für die Aufnahme von bis zu 500 Personen. Nach Ausschöpfung dieses Kontingents können Anträge auch bei fristgerechter Vorlage nicht mehr berücksichtigt werden. Das Regierungspräsidium Karlsruhe stellt diese zahlenmäßige Begrenzung sicher. Die jeweils zuständige untere Ausländerbehörde hat daher in jedem Einzelfall vor der Erteilung der Zustimmung zur Visumerteilung beim Regierungspräsidium Karlsruhe nachzufragen, ob eine Zustimmung im Hinblick auf die zahlenmäßige Begrenzung erteilt werden kann. Die erfolgte Erteilung der Zustimmung zur Visumerteilung hat die untere Ausländerbehörde dem Regierungspräsidium Karlsruhe in jedem Einzelfall unverzüglich anzuzeigen. Die tatsächlich erfolgte spätere Einreise hat die untere Ausländerbehörde dem Regierungspräsidium Karlsruhe ebenfalls anzuzeigen.

Als Ansprechpartner beim Regierungspräsidium Karlsruhe steht Herr Amtsrat Benjamin Majer per E-Mail (Benjamin.Majer@rpk.bwl.de) zur Verfügung.

gez. Hellstern
Ministerialdirigent